



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Vom Leipziger Verbandstag. — Abrechnungen. — Anzeige.

Für die Woche vom 19. bis 25. Juli 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 30 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Vom Leipziger Verbandstag.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages

erstattet Kollege Grohmann-Berlin den Bericht der Mandatsprüfungskommission, die sämtliche Mandate für gültig erklärte.

Zu geschlossener Sitzung wird hierauf den ganzen Tag über den vom allgemeinen Vorstandsbericht abgetrennten Teil verhandelt, der die Amtsenthebung Moritz betrifft. In den mitunter recht leidenschaftlich geführten Debatten tritt das sachliche Moment mehr in den Hintergrund und die persönlichen Gegensätze stoßen hart aufeinander. Gegen den Verbandsvorstand stehen die Vertreter von Berlin, München und Dresden. Da von keiner Seite Anträge zur Sache gestellt sind, wird diese durch die Aussprache für erledigt erklärt, nachdem eine von 14 Delegierten unterzeichnete Erklärung stillschweigend zur Kenntnis genommen wird, in welcher zum Ausdruck gebracht ist, daß der Verbandsvorstand im Sinne der Beschlüsse des außerordentlichen Verbandstages seine Pflicht erfüllt.

Dritter Verhandlungstag

(Vormittagsitzung.)

Lhiede eröffnet um 8 Uhr die Sitzung und widmet dem langjährigen Gauleiter und Vorsitzenden der Zahlstelle Hamburg, Kollegen Adolf Glarner, der im Jahre 1913 plötzlich verstorben ist, einen tief empfundenen Nachruf. Glarner war über 20 Jahre ein treuer Helfer und Mitarbeiter in unseren Reihen. Die Zahlstelle Hamburg feiert im nächsten Jahre ihr 25jähriges Bestehen. In all diesen Jahren hat die Arbeit des Verstorbenen der Hamburger Kollegenchaft große Vorteile gebracht.

Die Anwesenden ehren das Andenken Glarners durch Erheben von den Plätzen.

Lobahl gibt eine Ergänzung zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht und verliest die Summen der in den Zahlstellen verbliebenen Vorschüsse.

Pieczonka-Crimmitschau bittet, den Vorschuß der Zahlstelle Crimmitschau in Höhe von 85,70 Mk. niederzuschlagen, weil die Zahlstelle nicht in der Lage ist, bei den großen Verpflichtungen ohne Sozialbeiträge die Schuld zurückzuzahlen.

Schmid-München beschwert sich darüber, daß er wegen seiner Stellungnahme zu der Frage „Was ist zu tun“ in der „Solidarität“ von der Verbandsvorstand öffentlich angegriffen wurde. Dadurch wird die Meinungsfreiheit unterbunden.

Da der Verbandstaxierer stets für Ersparnisse eintritt, müssen auch diesbezügliche Vorschläge der übrigen Funktionäre gestattet sein. Doppeldelegationen sind nicht unbedingt notwendig, daran könnte viel erspart werden. Man soll in dieser Beziehung nicht nur die Zahlstellen zum Sparen anhalten. Die Vertretung des Verbandsvorstandes auf den Gantagen ist nicht unbedingt notwendig. Das Recht der Kritik muß uns gewahrt bleiben. Eine „Erklärung“ des Redners zu dem Artikel der Verbandsvorstandenden in Nr. 50 der „Solidarität“ wurde nicht veröffentlicht, weil der Redakteur unserer Zeitung gleichzeitig zweiter Verbandsvorstand ist.

Schulze-Leipzig befürwortet das Ersuchen der Zahlstelle Crimmitschau.

Herrmann-Dresden: Dem Wunsche des Bremer Verbandstages nach größerer Ausführlichkeit in den Kassenberichten ist der Kassierer nachgekommen. Ueber die Kosten des Karlsruher Streiks ist aber keine Aufklärung gegeben. An Agitation ist vom Verbandsvorstand zu wenig getan worden. Trotz der Anstellung der Gauleiter sind die Reisen des Verbandsvorstandes nicht eingeschränkt worden. Es sollen nicht nur Angestellte auf die Gewerkschaftsschule geschickt werden. Dadurch wird die Kleinarbeit nicht gefördert.

Beil-Köln: Die Schwierigkeiten, die sich unseren Bestrebungen in Rheinland-Westfalen entgegenstellen, machen außergewöhnliche Anstrengungen notwendig. Der Vorschuß der Zahlstelle Elberfeld soll deshalb gestrichen werden. Ob eine Schuld des früheren Gauleiters Krumpfert noch einzutreiben ist, soll der Verbandstag entscheiden. Nachgewiesen ist, daß auch nicht Angestellte die Gewerkschaftsschule besucht haben.

Fr. Herrmann: Die Kollegenchaft hat diesmal nicht, wie in früheren Fällen, so rege an den schriftlichen Vorbereitungen des Verbandstages in der Zeitung mitgewirkt. Die Angriffe in Nr. 24 der „Solidarität“ sind unberechtigt. Dadurch schädigt man das Ansehen der Gauleiter. Auch der Verbandsvorstand ist nicht reiflos für die Beschlüsse der Gauleiterkonferenz eingetreten, das geht aus der Weibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung hervor. Die Registrierung der abgeschlossenen Hausverträge im Bericht erstreckt sich nicht auf solche von Dresden und Zwickau.

Müller-Mainz: Der Vorschuß der Zahlstelle Mainz von 40 Mk. soll niedergeschlagen werden. Krumpfert muß das Darlehen zurückzahlen. Der Redakteur unserer Zeitung ist zu wenig objektiv. Berichte, die sich gegen den Verbandsvorstand wenden, werden gekürzt oder überhaupt nicht veröffentlicht.

Lobahl erklärt, daß Schmid keine Ursache hatte, gegen seine sachliche Schreibweise über die Finanzfrage in so persönlicher Weise so polemisch zu sein. Es liegt nicht die Absicht vor, die kleineren Zahlstellen in ihren Einnahmen zu schmälern. Redner erläutert die Druckausgaben, die unbedingt notwendig waren. Der Verbandstag soll beschließen, in welcher Auflage die Protokolle und Berichte gedruckt werden sollen, vielleicht lassen sich

hierbei Ersparnisse erzielen. Die Ausgaben für Karlsruhe sind im Bericht spezialisiert. Es würde sich empfehlen, wenn öfter die Geschäftsführung der Zahlstellen von der Zentrale aus revidiert werden würde.

Reinhold-Breslau: Die bisherigen Flugblätter und das vorhandene Agitationsmaterial reicht nicht aus. Hier muß eine Besserung eintreten. Die freie Meinungsäußerung in der Presse darf nicht unterbunden werden. Große Agitationsreisen haben nicht die Erfolge, wie die Kleinagitation, die durch reichhaltigeres Agitationsmaterial gefördert werden muß. Krumpfert muß seine Schulden bezahlen.

Gloth-Berlin: Im Karlsruher Streit war es nicht notwendig, daß der Gauleiter zu jener Zeit die Gewerkschaftsschule besuchte und die Bewegung von Bucher geleitet wurde. Der Berliner Ortsvorstand protestiert dagegen, daß anstatt eines Mitgliedes der Zahlstelle Berlin Kollege Hornte die Gewerkschaftsschule besuchte. Die Vorschüsse der Zahlstellen können gestrichen werden, nicht aber die Schuld Krumpferts. Die Behandlung der Hausvertragsfrage in der Zeitung war nicht den Tatsachen entsprechend. Sie hat uns mehr geschädigt wie genützt.

Lhiede: Es war nicht möglich, vier Mitglieder zur Gewerkschaftsschule zu schicken, weil nur ein Platz für unseren Verband frei war. Als ein zweiter Platz in letzter Stunde frei wurde, ist Kollege Hornte, der vorgemerkt war, genommen worden. Es finden jetzt nur zwei Kurse im Jahre statt. In bezug auf die Agitation haben die Zahlstellen unbedingt freie Hand. Bei den vielen Bewegungen waren alle Kräfte der Zentraleitung ununterbrochen in Anspruch genommen, deshalb war es nicht möglich, mehr größere Agitationstouren zu veranstalten. Flugblätter unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sind auf Verlangen jederzeit angefertigt und zur Verfügung gestellt worden. Die Zurückweisung der Angriffe des Kollegen Schmid war durch die von ihm gewählte persönliche Form geboten. Während früher ein durchaus kollegialer Verkehr in unserer Arbeit herrschte, läßt diesen Kollege Schmid seit dem außerordentlichen Verbandstag vermiffen. Jedenfalls muß auch dem Verbandsvorstand die freie Meinungsäußerung gewahrt bleiben. Wenn versucht wird, gegen diesen Stimmung zu machen, dann müssen wir das Recht der Abwehr haben. Die Doppeldelegation auf dem Verbandstag der Buchbruder war dadurch geboten, weil wir ein ganz eminentes Interesse an den Tariffragen haben, die ganz bedeutend auf unsere Verhältnisse einwirken. Auf Tagungen verwandter Organisationen Vertreter der Zentrale zu entsenden, ist unsere Pflicht. Durch den in der Nr. 24 d. Z. veröffentlichten Artikel wird die Tätigkeit der Funktionäre nicht gehindert, sondern viel mehr durch das taktische Verhalten gegenüber den Prinzipalen, wie durch ein von der Rednerin verlesenes Schreiben der Zahlstelle Dresden bewiesen wird. Man soll nicht immer der Meinung sein, daß Handlungen der Verbandsleitung von persönlichen Motiven getragen werden.

Werner=Stuttgart: Von dem Vorschuß, den die Zahlstelle Stuttgart vor dem Münchener Verbandstage hatte, sind 300 Mk. zurückbezahlt worden. Es wird auch hier gut sein, diesen Vorschuß niederzuschlagen. Seitdem die Verwaltungskosten reduziert wurden, ist uns die weitere Abzahlung der Restsumme nicht möglich. Die Zeitungstritt **Schmid's** gegen die übrigen Gauleiter ist sehr wenig kollegial gewesen. Von der Karlsruher Bewegung ist Redner durch die Gewerkschaftsschule nur ganz kurze Zeit abgehalten worden. Wenn die Redaktionskommission in ihrem Bericht sagt, daß eine Instanz geschaffen werden muß, die eine zwingende Gewalt auf die Redaktion hat, dann liegt hierzu keine Veranlassung vor, weil in vier Jahren nur vier Beschwerdefälle vorlagen, in denen die Kommission sich dreimal mit der Redaktion im Einverständnis befand. Es wäre zu wünschen, wenn dieses Verhältnis auch in Zukunft so bliebe.

H. Herrmann: Den kleinen Zahlstellen sollen die Vorschüsse gestrichen werden, größeren aber nicht. Die Zeitung bringt viel zu wenig Belehrensstoff für die weiblichen Mitglieder und wird nicht objektiv redigiert.

Lehmeyer=Amberg: bespricht die Klassenverhältnisse seiner Zahlstelle und beschwert sich über die Ablehnung eines Zeitungsbereiches. Im allgemeinen ist Redner mit der Haltung des Verbandsvorstandes einverstanden.

Redling=Nürnberg: Der Verbandsvorstand hat den Anforderungen der Zahlstellen in agitatorischer Hinsicht immer Rechnung getragen. Genau so wie die Zahlstelle Nürnberg es gemacht hat, müssen auch alle anderen Zahlstellen ihren Verpflichtungen nachkommen. Gerade kleinere Vorschüsse können um so leichter zurückgezahlt werden.

Thielmann=Leipzig: Die Verletzung des Kollegen Abend von Breslau nach Leipzig war ursprünglich anders begründet wie heute. Durch die Beschlüsse der Gauleiterkonferenzen darf das Recht der Mitglieder, Anträge zu stellen, nicht beschränkt werden. Die Meldungen für den Besuch der Gewerkschaftsschule dürfen nur von den Vorständen ausgehen.

Baumgarten=Berlin: Durch die Haltung des Redakteurs hat die Redaktionskommission keinerlei Bedeutung. Die Tilgung der in den Zahlstellen verbliebenen Vorschüsse muß wenigstens versucht werden. Doppeldelegationen auf Verbandstagen sind nicht unbedingt notwendig.

Schmid=München: Mein Artikel ist in 14 Zahlstellen gutgeheißen worden. Man soll den Zahlstellen Vorschüsse überhaupt nicht geben. Die bisherigen sind zu streichen. Wir hatten keine Ursache, den Verbandstag in Leipzig abzuhalten, weil uns auch die Leipziger Prinzipale nicht dementsprechend behandeln. Das Verhalten der Ausstellungsdirektion bei der Eröffnungsfeierlichkeit muß als eine Beleidigung aufgefaßt werden.

Thiede begründet die Notwendigkeit. **Wolken=Leipzig** polemisiert gegen einen Artikel des Kollegen Behrendt. Dieser hat die ungeheure Fluktuation der Mitglieder in Leipzig nicht berücksichtigt. Der Abbruch der Steindruckbewegung zu Weihnachten 1911 war eine große Härte, worauf der erfolgte Mitgliederückgang zurückzuführen ist. Der Leipziger Vorstand wollte den Kassierer auch zu der Gauleiterkonferenz schicken, aber der Verbandsvorstand hat das abgelehnt. Die Vorschüsse sollen zurückgezahlt werden. Man sollte die Kassierer nicht von der Gewerkschaftsschule fernhalten.

H. Herrmann=Dresden verteidigt seine Haltung gegenüber der Dresdener Prinzipalität und gibt Auskunft über ein vor Jahren entstandenes Defizit, welches inzwischen aufgeklärt wurde.

Veit=Köln: Die Lage Krumpfers vor seiner Anstellung muß berücksichtigt werden. Zwischen den einzelnen Zahlstellen und ihren Klassenverhältnissen müssen Unterschiede bei der Beurteilung der Vorschüsse gemacht werden.

Schulze=Leipzig wendet sich ebenfalls gegen den Artikel Behrendt's, in welchem falsche Anschauungen über die Verhältnisse in Leipzig verbreitet wurden. Wir konnten aus taktischen Gründen nicht darauf erwidern. Die verschiedensten Ur-

sachen, nicht zuletzt die niedrigen Löhne sind Schuld an den niedrigen Beitragssummen, die an Leipzig kritisiert wurden. Die Gründe der Verletzung des Kollegen Abend sind der Leipziger Verwaltung bekannt gewesen. Die verschiedensten Reisen der Verbandsvorstandsvertreter nach Leipzig waren unbedingt notwendig.

Thiede: Dadurch, daß wir von Dresden nicht gleich genaue Auskunft über einen zurückbehaltenen Vorschuß erhielten, machten sich die Revisionen durch den Verbandsvorstand notwendig.

Werner=Stuttgart: Es ist kein Antrag von Stuttgart vorgelegt worden, den Vorschuß niederzuschlagen, der Wunsch ist allerdings vorhanden. Zwischen den Karlsruher Mitgliedern und dem Verbandsvorstand herrschte Uebereinstimmung über die Leitung der Bewegung.

Dehmel=Berlin: Die Leistungen der Berliner Zahlstelle, namentlich in bezug auf die Extrabeiträge, werden in den Berichten nicht berücksichtigt. Mit den Vorschüssen muß reiner Tisch gemacht werden, daher sollen sie alle niedergeschlagen werden. In allen Zahlstellen sollen Agitationskommissionen eingesetzt werden. Da die Redaktionskommission keinen Einfluß auf die Haltung des Blattes hat, ist die Schaffung einer besonderen Instanz notwendig. Die Beschuldigung der Gewerkschaftsschule muß demokratischer gehandhabt werden.

Dagner=Nürnberg: Die Vorschüsse der Zahlstelle Stuttgart sollen zurückgezahlt werden. Sonderrechte dürfen solchen großen Zahlstellen nicht eingeräumt werden. Es mangelt an einer Statistik über die Lokalbeiträge, die für diese Frage von Wichtigkeit wäre. Große Agitationstouren haben nicht den Erfolg, wie die Kleinarbeit am Ort.

Krafft-Hannover wünscht, daß die Versammlungsberichte in der Zeitung ausführlicher veröffentlicht werden sollen.

Knohl, Vertreter der Generalkommission: Bei der Auswahl der Besucher von Gewerkschaftskursen müssen die Organisationen sehr vorsichtig sein. Man muß die pädagogische Seite der Frage berücksichtigen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß nach einem Lehrgang von sechs Wochen sofort sichtbare Erfolge gezeitigt werden. Die Früchte dieser Einrichtungen zeigen sich erst später in der praktischen Arbeit.

Bucher bedauert, daß Kollege Bleich durch Krankheit verhindert ist, als Obmann über die Tätigkeit der Redaktionskommission Auskunft zu geben. Von vier eingegangenen Beschwerden ist nur eine als berechtigt anerkannt worden. In allen übrigen Fällen hat die Kommission die Ansicht des Redakteurs geteilt. Sein Wunsch war es nicht, daß sich die Kommission nur mit Beschwerden beschäftigt, sie sollte vielmehr auch Beratungsstelle sein. Das aber ist sie nie gewesen.

Er richtet weiter an die Delegierten die Frage, wie sie sich die Verantwortung des Redakteurs vorstellen? Unter allen Umständen muß der Redakteur die Verantwortung tragen, sie kann auch nicht einer Stelle übertragen werden, die in Anträgen einzuführen gewünscht wird und die nur der Ausschuß sein kann. Wenn ihm ein Vorwurf gemacht wird, daß zu viel an den Berichten gekürzt worden ist, will er den Vorwurf gern tragen. Die Berichte so zu bringen, wie sie eingekauft werden, ist einfach unmöglich, auch im Falle Krafft-Hannover wäre dies nicht möglich gewesen, ebenso wenig in all den Fällen, die Anlaß zur Kritik gegeben haben. Für die allgemeine Leserschaft haben alle Zahlstellenangelegenheiten kein Interesse. Diese gehören ins Protokollbuch, aber nicht in den Zeitungsbericht. Die Zeitung ist Verbandsorgan und muß insoweit auch von der Haltung der Verbandsleitung beeinflusst werden. Deshalb sind die nach dieser Richtung hin geäußerten Kritiken nicht berechtigt. Daß der Redakteur auch Artikel ablehnen muß, beweist er an einem Dresdener Fall, der auch in der Diskussion eine Rolle gespielt hat. Berlin ist kein Vorwurf gemacht worden, daß zu wenig geleistet worden ist, sondern es ist kritisiert worden, daß von dem Gauleiter auch nicht eine Zeile Bericht geliefert worden ist. Daß manchmal ein Redakteur als Brückenkabe benutzt wird, beweist Bucher an Beispielen. Der Beweis, warum der eine und der

andere Artikel oder Bericht nicht aufgenommen wird, kann den Schreibern nicht immer ausführlich erbracht werden. In vielen Fällen ist Entscheidung durch den Verbandsvorstand getroffen worden.

Thiede: Die Schaffung von Agitationskommissionen ist nicht unbedingt notwendig, weil die Vorstände diese Arbeit zu verrichten haben. Besonders Material für die Erlebigung von Grenzfreiheiten kann in dem verlangten Sinne nicht gegeben werden.

Die Debatte über die Berichte ist damit geschlossen. Beschlossen wurde einstimmig, daß verschiedene nicht mehr einzutreibende Forderungen niedergeschlagen werden. Die bisherigen Vorschüsse der Zahlstellen und das Darlehen an Krumpfer werden ebenfalls gestrichen. Dem Verbandsvorstand wird darauf mit 24 gegen 16 Stimmen und dem Kassierer einstimmig Bescheid erteilt.

Auf Vorschlag **Bucher** wird mit Rücksicht auf die Geschäftslage beschlossen, nunmehr in die Behandlung des 3. Punktes „Statutenberatung“ einzutreten.

Der Referent Kollege **Loda** begründet zunächst die Beschlüsse resp. Anträge der Gauleiterkonferenz und des Verbandsvorstandes. Er geht die von den verschiedensten Zahlstellen gestellten Anträge durch, welche auf die Beitrags- und Unterstützungsregelung bezug haben und bespricht auch die finanz- und verwaltungstechnische Seite der verschiedenen Anträge. Entschieden wendete sich der Referent gegen die beabsichtigte Einführung eines Verbandsaussschusses, der in der jetzigen Situation keinerlei Förderung der Organisationsarbeiten garantiert, dagegen bedeutende Kosten verursachen wird. Der Verbandstag muß bei seinen Beschlüssen den inneren Ausbau des Verbandes, besonders aber seine finanzielle Kräftigung im Auge behalten.

Vierter Verhandlungstag.

(Vormittags-sitzung.)

Zunächst wird die Wahl der Statutenberatungskommission vorgenommen. Sie besteht aus sieben Personen. Gewählt werden die Kollegen **Neumeier-München**, **Redling-Nürnberg**, **Baumgarten-Berlin**, **Paul Herrmann-Dresden**, **Wolken-Leipzig**, **Müller-Mainz**, **Kirchner-Hamburg**.

Auf Vorschlag der Kollegin **Thiede** werden in der Generaldebatte dann die prinzipiellen Anträge auf Namensänderung, gänzliche Neugestaltung des Statuts, Schaffung eines Ausschusses, Wahl des Gesamtverbandsvorstandes, Delegation der Gauleiter und Beibehaltung oder Abschaffung der Wöchnerinnenunterstützung zunächst behandelt.

Behrendt macht auf die Gefahren aufmerksam, die eine Beitragserhöhung für uns bringt. In den unteren Klassen hält er eine Beitragserhöhung für unmöglich. Die Agitation würde dadurch bedeutend erschwert werden. Er empfiehlt deshalb die Annahme der Anträge der Gauleiterkonferenz. Auch die Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssumme auf täglich bis zu 2,75 Mk. hält er nicht für annehmbar. Im Interesse des Verbandes liegt eine Kontrolle der Verwaltung der einzelnen Zahlstellen. Er bittet deshalb, den Vorstand zu beauftragen, nach dieser Richtung zu wirken. In Orten, wo Kontrolle vorhanden war, hat sich die Zahl der verkauften Marken erheblich gehoben. Verschiedene Zahlstellen — auch größere — stehen bezüglich der prozentualen Markenberechnung unter 47 pro Mitglied und Jahr.

Neumeier bezieht sich auf einen Artikel in Nr. 24 der „Solidarität“, den er kritisiert. Die Münchener wollen durch ihre umfangreiche Zahl der Anträge eine bessere Uebersicht des Statuts erreichen. Der Ausschuß, der auch von München beantragt wird, soll Garantie bieten, daß Dinge, wie sie sich nach dem vorigen Verbandstag ereigneten, nicht mehr vorkommen. Er glaubt, daß die Haltung des Verbandsvorstandes beeinflusst war durch außerhalb des Verbandes stehende Personen. Die Kostenfrage darf dabei keine Rolle spielen. Der Verbandsausschuß soll verhindern, daß der Verbandsvorstand auf jeden Fall seinen

Willen durchsetzt. Wäre ein Ausschuss vorhanden gewesen, dann hätte sich der Berliner Konflikt nie ereignen können. Dem Verbandsvorstand müßte nach seiner Meinung nur daran liegen, in schwierigen Fällen eine Instanz zur Seite zu haben.

Moriz: Daß auch auf diesem Verbandstage eine Beitragserhöhung beantragt wird, war vorauszusehen. Neu ist diesmal nur, daß gleichzeitig eine Reduzierung der Unterstützungen beantragt wird. Er hält die augenblicklichen Kassenverhältnisse für günstiger, als sie je gewesen waren und versucht, dies zu beweisen aus den Angaben der Kassenberichte der verschiedenen Jahre. Wir haben selbst während der Krise noch Beträge zurücklegen können. Bei der in unserem Berufe herrschenden Fluktuation ist dies ein gutes Zeichen. Wenn man den Mitgliedern etwas mehr bietet, kann man mit Beitragserhöhung kommen. Mehr leisten können wir nicht, deshalb ist auch eine Erhöhung der Beiträge schwer möglich.

Thiede weist einige Äußerungen des Kollegen Reumeier zurück.

Lobahl weist nach, daß der Ueberchuß 1912 durch die Heranziehung der Mitglieder zu Extrabeiträgen entstanden ist.

Glott: Die Gauleiterkonferenz ist nach reiflicher Ueberlegung zu dem Ergebnis gekommen, daß die Sanierung der Kasse notwendig ist. Da man mit Beitragserhöhung schwer kommen kann, so mußte der Ausweg der Reduzierung durch Herabsetzung der Bezugsdauer gewählt werden. Die Gauleiterkonferenz hat sich mit wenigen Abweichungen den Anträgen der Zahlstelle Berlin angeschlossen. Eine Beitragserhöhung in den oberen Klassen, wie sie von einigen Orten gewünscht wird, ist nicht durchführbar. Er ersucht die Anwesenden, sich auf die Anträge des Verbandsvorstandes und der Gauleiterkonferenz zu einigen. Eine Sterbeunterstützung würde der Kasse mehr kosten, als Lobahl veranschlagt hat. Er warnt deshalb vor Annahme. Bezüglich der Wöchnerinnenunterstützung glaubt Berlin eine glückliche Lösung gefunden zu haben. Den Ausschuss hält Berlin für notwendig. Auch weil sich unter den heutigen Umständen niemand finden wird, der in einer Redaktionskommission, die nichts zu sagen hat, arbeiten will, muß ein Ausschuss mit entsprechenden Rechten eingesetzt werden.

Kalb=Jankfurt: Die Wöchnerinnenunterstützung kann ganz gut in Wegfall kommen. Der Schaffung eines Ausschusses muß wegen seiner voraussiehenden Latenzlosigkeit und der trotzdem entstehenden Mehrkosten widersprochen werden. Eine Reform der Reiseunterstützung ist geboten.

Paul Herrmann=Dresden spricht gegen die Anträge der Gauleiterkonferenz in bezug auf die Reduzierung der Unterstützungsätze. Die Beschränkung der Streikunterstützung auf die Dauer von zehn Wochen ist ein taktischer Fehler. Die Wöchnerinnenunterstützung in der heutigen Form muß abgeschafft werden, weil sie eine Ungerechtigkeit darstellt. Die Reiseunterstützung braucht nicht geändert werden.

Reumeier=München gibt die Erklärung ab, daß seine Ausführungen nur auf Vermutungen beruhen.

Thiede stellt fest, daß in dieser leichtfertigen Art leblich die Tätigkeit des Verbandsvorstandes herabgewürdigt werden soll, und Scheingründe sind für die Einführung eines Ausschusses, mit der der jetzige Vorstand niemals einverstanden sein wird.

Lohse=Hamburg tritt für die vorgeschlagene Aenderung des Verbandstitels und die Anträge der Gauleiterkonferenz ein. Auch Hamburg trat früher für den Ausschuss ein, aber gerade das Bedenken der jetzigen Befürworter ist ein ausschlaggebender Gegengrund. Früher sind die jetzigen Opponenten mit dem Verbandsvorstand durch die und billig gegangen, weil er ihrem Willen nachgekommen ist. Jetzt, wo sich in dieser Beziehung die Verhältnisse notwendigerweise geändert haben, gehen sie in der bekannten unschönen Weise gegen die Leitung vor, womit diejenigen, die es ernst mit der Organisation meinen, nicht einverstanden sein können.

Bauer=München spricht für die Titeländerung.

Anna Hertlein=München tritt für die Umwandlung der Wöchnerinnenunterstützung in Krankenunterstützung ein.

Lehmeier=Augsburg: Die großen Anforderungen, die an die kleineren Zahlstellen gestellt werden, machen eine Erhöhung der Verwaltungskosten auf 15 Prozent notwendig. Dafür können im Falle der Unterstützungsdauer die Beiträge erhoben werden. Die Anträge der Gauleiter sind durchführbar. Der Ausschuss soll Beschwerde- und Kontrollinstanz sein.

Kedling=Nürnberg: Die Wöchnerinnenunterstützung hat bisher nur zu Streitigkeiten geführt. Die Reiseunterstützung muß reduziert werden. Der Ausschuss könnte nur als Beschwerdeinstanz gelten. Er dürfte nicht weit von Berlin entfernt sein. Der gesamte Verbandsvorstand kann nicht gut auf dem Verbandstag gewählt werden. Die Teilnahme der Gauleiter an den Verbandstagen soll wie bisher geregelt bleiben.

Schmid=München: Die Neufassung des Statuts ist der Ueberlichkeit wegen notwendig. Die Jahresberichte sollen höchstens in einer Auflage von 1000 Stück gedruckt werden. Der Ausschuss muß dem Verbandsvorstand angenehm sein, weil er ihm hilft, die Verantwortung für seine Handlungen zu tragen. Die Gauleiter sollen auch ohne Mandat den Verbandstagen beiwohnen.

Behrendt=Danzig spricht gegen die Schaffung eines Ausschusses.

Hoffe=Magdeburg: Der Antrag Magdeburgs auf Schaffung eines Ausschusses ist inzwischen zurückgezogen worden. Die Wöchnerinnenunterstützung soll beibehalten werden, aber die jetzigen ungerechten Bestimmungen müssen beseitigt werden. Die heutige Form der Reiseunterstützung belastet uns zu sehr.

Moriz=Berlin: Es ist nicht notwendig und angängig, die Rechte der älteren Mitglieder zu schmälern. Darin läge eine Gefahr für künftige Bewegungen. Der Verbandstitel braucht nicht geändert werden.

Thielemann=Leipzig: Die Leipziger Delegierten werden für die Anträge der Gauleiter stimmen. Einige Härten müssen vermieden werden.

Wolke=Leipzig wünscht eine bessere Ueberlichkeit des Statuts. Ueber die Reiseunterstützung muß auch mehr Klarheit geschaffen werden. Die Statutenberatungskommission soll vor dem Verbandstag zusammentreten.

Baumgarten=Berlin: Ohne die Rechte der älteren Mitglieder zu kürzen, müssen Leistungen und Gegenleistungen in Einklang gebracht werden. Die vorzunehmende Reduzierung einiger Unterstützungsätze kann verantwortet werden. Die Unterstützung auf der Reise soll die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung betragen, wobei man die Freizügigkeit der Kollegenschaft nicht unterbinden darf.

Fr. Herrmann=Dresden begründet die Notwendigkeit des Ausschusses. Die Kosten sind nicht zu hoch.

Dagner=Nürnberg: Gegenüber den in anderen Organisationen bestehenden Unterstützungen haben wir schon zu viel des Guten geleistet. Die geplante Revision ist gerecht und wird von der Allgemeinheit verstanden werden.

Berner=Stuttgart wünscht bei zwei Staffeln eine Verkürzung der Karenzzeit und begründet den Stuttgarter Antrag betreffend die Uebertrittsbestimmungen für Mitglieder anderer Organisationen.

Knohl=Generalkommission: Die Ausschussfrage wurde auch schon in anderen Organisationen eingehend erörtert. Es soll mit diesen Anträgen der Verband auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. Man muß die jetzige Situation in Betracht ziehen. Hier handelt es sich um ein underechtigtes Mißtrauen, das der Verbandsvorstand zurückweisen muß. Er wäre leblich der ausführende Teil der Beschlüsse des Ausschusses. Das kann aber eine Verbandsleitung niemals sein, weil sie vor allem die Initiative in allen Fragen haben muß.

Garber=Buchbinderverband: Auch bei den Buchbindern und anderen Organisationen mußte eine Kürzung der Unterstützungen durchgeführt werden. Das muß auch dieser Verbandstag, wenn

die Notwendigkeit sich herausstellt, beschließen. Die Uebertrittsfrage muß besonders unter den graphischen Verbänden geregelt werden. Die Aufgaben des hier gewünschten Ausschusses sind ganz andere wie im Buchbinderverband, weil er über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes wachen soll, was praktisch aber undurchführbar ist. Der Redner warnt dringend vor dieser Neuerung, die heute keine andere Organisation nach den gemachten Erfahrungen einführen wird.

Ein von **Stichert=Stettin** gestellter Schlusssatz wird abgelehnt.

(Nachmittags Sitzung.)

Reinhold=Breslau: Die jetzigen Anträge sind schon in Bremen gestellt worden. Wir hätten sie damals berücksichtigen sollen. Redner verbreitet sich über die verschiedenen beantragten Unterstützungsätze. Der Ausschuss müßte als Beschwerdeinstanz eingesetzt werden.

Scheib=Halle begründet die Anträge seiner Zahlstelle.

Schulze=Leipzig: In der Beitrags- und Unterstützungsfrage herrscht eine sehr erfreuliche und solidarisches Einmütigkeit. So schlecht unsere finanzielle Lage hingestellt wird, ist sie nicht, wenn man die Pämpfe der Vergangenheit berücksichtigt. Die Lohngrenze für die Beitragserhöhung in der höchsten Klasse soll auf 24.— M. gesetzt werden. Gegen die übermäßige Ausnützung der Arbeitslosenunterstützung müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die Umrechnung der Beiträge ist vom Verbandstag zu regeln. Bis jetzt waren es die Lohnbewegungen der Gehilfen, die uns Opfer gekostet haben, gegen solche sind wir nicht geschützt, aber für unsere eigenen Bewegungen müssen wir rüsten.

Mittrach=Bayern kann sich mit den Anträgen auf Reduzierung der Unterstützungen nicht einverstanden erklären.

Löffler=Stuttgart: Wöchnerinnen sollen als Kranke im Sinne des Statuts unterstützt werden. Eine Notwendigkeit für den Ausschuss ist nicht genügend begründet. Als Statutenberatungskommission kann die Gauleiterkonferenz wirken.

Sparkuhl=Hannover: Die Agitation wird durch den Mangel einer Sterbeunterstützung erschwert. Nach dem Antrage der Münchener Zahlstelle wird der Uebertritt aus anderen Verbänden erschwert.

Kaab=Bremen spricht für die Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung.

Schmid=München: Die Anträge sollen nicht als Härten gegen die Mitglieder aufgefaßt werden. Die Lohngrenze von 24.— M. für die Beitragserhöhung hätte keine praktische Wirkung. Wir sind verpflichtet, uns in finanzieller Hinsicht zu stärken, um den Unternehmern besser gerüstet gegenüber stehen zu können. Die Beiträge der weiblichen Mitglieder dürfen nicht erhöht werden. Die Uebertrittserleichterung verursacht uns zu große Ausgaben. Die Dauer der Streikunterstützung muß begrenzt werden.

Hoffelder=Mannheim ist gegen die Anträge auf Schaffung des Ausschusses. Den Zahlstellen müssen mehr Verwaltungskosten verbleiben.

Bucher: Aus praktischen Erwägungen heraus muß sich der Verbandsvorstand dagegen wehren, daß man über ihn noch einen Aufsichtsrat stellt, der die Arbeiten nur schwerfälliger macht.

Wolff=Straßburg: Es ist notwendig, die Unterstützung auf der Reise zu kürzen. Auch aus finanziellen Gründen müssen wir gegen den Ausschuss stimmen.

Rönig=Leipzig verbreitet sich über die Leipziger Anträge. Ein Ausschuss ist nicht notwendig, ebensowenig eine Titeländerung. Die Gauleiter müssen als Delegierte gewählt werden können.

Baumgarten=Berlin: Die Gauleiter müssen soviel Vertrauen bei ihren Zahlstellen haben, daß man sie auch als Delegierte wählt. Wir bezwecken nicht mehr mit dem Ausschuss, als wie es im Buchbinderverband festgelegt ist. Mit der Reiseunterstützung ist großer Unfug getrieben worden. Es muß in allen Fällen das Statut beachtet werden.

Paul Herrmann-Dresden begründet eine Reihe Anträge, darunter die Einsetzung der Statutenberatungskommission, die vor den Verbandstagen zusammenzutreten hat, die Schaffung des Ausschusses und daß der Redakteur nicht gleichzeitig zweiter Vorsitzender sein darf. Die Gauleiter können ebenso wie andere Delegierte nur, wenn sie gewählt werden, an den Verbandstagen teilnehmen.

Nach Annahme eines Schlufantrages gibt Kollegin Thiede einige Aufklärungen über die Notwendigkeit der Hinzuziehung der nichtgewählten Gauleiter zu den Verbandstagen, die sich unbedingt zur Wahl stellen müssen. Seit Bremen ist absolut nichts passiert, was die Einsetzung eines Ausschusses rechtfertigt.

Die Wahl streift in einem kurzen Schlufwort die verschiedensten Anträge und ihre finanziellen Folgen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen erfolgen die Abstimmungen über die prinzipiellen Punkte.

Sämtliche Anträge auf Aenderung des Verbandstitels werden abgelehnt.

Die vom Verbandsvorstand und der Gauleiterkonferenz zur Beitrags- und Unterstützungsregelung gestellten Anträge werden angenommen.

Die Einsetzung eines Verbandsausschusses wird mit 22 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag, die nichtbesoldeten Mitglieder des Verbandsvorstandes auf den Verbandstagen zu wählen, wird abgelehnt.

Desgleichen wird abgelehnt, daß sämtliche Gauleiter, ohne zu Delegierten gewählt zu sein, an den Verbandstagen teilnehmen müssen.

Der Antrag, die Wöchnerinnenunterstützung in Krankenunterstützung umzuwandeln, wird angenommen.

Mit diesen Richtlinien werden sämtliche zur Statutenberatung gestellten Anträge der Kommission überwiesen.

Den fünften Verhandlungstag

füllt die Beratung über die Punkte „Tarif- und Lohnbewegungen“, „Hausverträge“ und „die Lehren der Steinbruckerbewegung 1911“ in geschlossener Sitzung. Den ersten und dritten Punkt behandelt Kollegin Thiede zusammen in einem einstündigen Vortrag, in dem sie die Schwierigkeiten schildert, die sich der weiteren Ausbreitung der Tarifgemeinschaft seit dem Ablauf der ersten Tarifperiode entgegenstellen. Die technische Entwicklung, die Krisenwirkungen, hauptsächlich aber die Steinbruckerbewegung haben unser Vordringen im Buchdruckgewerbe gehemmt. Nichtsdestoweniger haben die erfolgten Abschlüsse ganz nennenswerte Verbesserungen für die Kollegenschaft gebracht, so daß wir keine Ursache haben, wegen einiger Fehlschlüsse dem Tarifgebankten skeptisch gegenüber zu stehen. Natürlich ist es notwendig, uns vor Wiederholungen solcher Bewegungen, wie die im Steindruck 1911, zu schützen, indem wir eine vorherige Verständigung mit den beteiligten Gehilfenverbänden verlangen müssen. Am Schlusse ihrer mit Beifall aufgenommenen Ausführungen ersuchte die Rednerin, der Verbandstag möge die notwendigen Richtlinien im Sinne der Beschlüsse des Bremer Verbandstages festlegen, damit wir dem Kesseltreiben jener Gruppe von Scharfmachern im Gewerbe, die sich den tariflichen Bestrebungen stets feindlich gegenüberstellen, zur gegebenen Zeit gewappnet gegenüberreten können.

Nach einer mehrstündigen Debatte wurde durch Abstimmung festgestellt, daß der Verbandstag einstimmig auf dem Standpunkt steht, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse am besten auf dem Wege tariflicher Vereinbarungen erfolgt.

Ueber „Hausverträge“ referierte Kollege Sornke-Berlin, der an verschiedenen in Berlin nach erfolgtem Tarifabschlusse vereinbarten Sonderverträgen zeigte, daß diese einer nur geringen Anzahl von beteiligten Kollegen unvesent-

liche materielle Vorteile brachten, dagegen die Allgemeinheit durch Personalverringern und Verschlechterung der tariflichen Arbeitszeit Schaden gelitten habe. Gegen diese Auffassung wendeten sich die Berliner Vertreter, die den gegenteiligen Standpunkt vertraten. Das Ergebnis der sehr ausgiebigen Diskussion, die bis 1/7 Uhr abends dauerte, ist der Beschluß, daß in Zukunft alle Hausverträge vor deren Abschluß dem Verbandsvorstand zur Sanktion unterbreitet werden müssen.

Am sechsten Verhandlungstag

wurden zunächst die Wahlen vorgenommen. Gewählt werden als erste Vorsitzende Kollegin Paula Thiede mit 35 Stimmen, als Kassierer Kollege Lodahl mit 38 Stimmen und als Redakteur Kollege Bucher mit 24 Stimmen. Die übrigen Stimmzettel waren unbeschrieben.

Hierauf wird in die Beratung der allgemeinen Anträge eingetreten.

Beschlossen wird zunächst, die Beiträge zur Angestelltenversicherung voll auf die Verbandskasse zu übernehmen.

Dem Kassierer der Berliner Zahlstelle, Kollegen Baumgarten, wird das Endgehalt auf 2900 Mk. festgesetzt.

Ferner wird beschlossen, den nicht auf dem Verbandstage anwesenden Angestellten einen dreitägigen Besuch der Buchgewerbeausstellung auf Kosten des Verbandes zu bewilligen.

Zu einem Antrag Breslau „Der Verbandstag wolle Mittel und Wege finden, um einer Verschmelzung mit den übrigen graphischen Verbänden, speziell der Steinbrucker und Lithographen sowie der Buchbinder näherzutreten“,

wird unter Zustimmung der Delegierten von Vorstandseite erklärt, daß wir nicht prinzipiell gegen eine solche Verschmelzung sind, darauf aber erst zurückkommen können, wenn die Situation dazu gegeben ist.

Der von Dresden zu Punkt „Presse“ gestellte Antrag über die Ausgestaltung des Verbandsvorgans findet nach kurzer Diskussion seine Erledigung in der Erklärung, daß diesen Wünschen Rechnung getragen werden soll.

In derselben Form wird ein Antrag Dresden, die Agitation betreffend, erledigt.

Bezüglich der Statutenberatungskommission wird beschlossen, daß vor den Verbandstagen aus jedem Gau ein als Delegierter gewählter Vertreter in diese Kommission zu entsenden ist, die sich mit den diesbezüglichen Anträgen beschäftigen soll.

Der Antrag, die Anzahl der dem Verbande zustehenden Besucher der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse voll auszunutzen, wird abgelehnt, und der ebenfalls von Dresden gestellte Antrag, die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß auf dem Verbandstag vorzunehmen, zurückgezogen.

Angenommen wird der Antrag München, dem Statut ein Sachregister beizufügen.

Ein Antrag, die „Solidarität“ in Rotationsdruck herzustellen, wird dem Verbandsvorstand überwiesen.

Eine Reihe weiterer allgemeiner Anträge wird teils zurückgezogen, teils ebenfalls dem Verbandsvorstand zur Erledigung überwiesen.

Die Statutenberatungskommission ist inzwischen mit ihren Arbeiten fertig geworden, über die Kollege Baumgarten-Berlin berichtet.

Wir werden das in mehrstündigen Beratungen neugeschaffene Statut in der nächsten Nummer besprechen, da die Frist für die Zusammenstellung bis zur Fertigstellung des Blattes nicht mehr ausreichte.

Nach der Erledigung des geschäftlichen Teiles der Verhandlungen dankte Kollege Lohse-Hamburg im Namen der Delegierten sowohl der Leipziger Kollegenschaft für die bewiesene Gastfreundschaft und dem Bureau, besonders der Kollegin Thiede für die umsichtige Leitung des Verbandstages.

Hierauf resümierte Kollegin Thiede in kurzen Zügen die Ergebnisse des Verbandstages mit dem Hinweis, daß trotz aller vorhanden gewesenen Differenzen in der wichtigsten Frage der künftigen Lohnt- und Tarifbewegungen vollste Einmütigkeit erzielt wurde. Wenn wir auf dem eingeschlagenen Wege beharrlich weiter gehen, dann werden wir auch in Zukunft im Interesse unserer Kollegenschaft wie bisher wirken können.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde der VI. Verbandstag um 5 Uhr abends geschlossen.

Abrechnungen

Das zweite Quartal 1914 haben in dieser Woche abgerechnet:

- Gau 2: Darmstadt 147.95 Mk.
- Gau 3: Heilbronn 4.89 Mk.
- Gau 5: Jitta 125.40 Mk.
- Gau 6: Grimma 47.10, Naumburg 44.15, Rudolstadt 21.85, Saalfeld 27.— Mk.
- Gau 7: Breslau 492.03, Görlitz 80.11, Ströberg 26.07, Stettin 368.70 Mk.
- Gau 8: Dessau 2.29, Gronau 8.38 Mk.
- Gau 10: Kiel 56.35 Mk.

S. Lodahl.

Leipziger Zahlstelle

Montag, den 27. Juli d. Js., abends 1/7 Uhr

Ordentl. Mitglieder-Versammlung

im Saale des „Pantheon“, Dresdnerstraße 20.

Tagesordnung:

1. Bericht vom VI. Verbandstag.
2. Bewilligung der Gelder zum Sommer- und Kinderfest.
3. Vereinskundgebungen.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch.

Der Gauvorstand.

S. A. : 16. Abend.